

Ein neues Dach für den Tourismus im Kanton

Tourismusforum Die einzelnen Regionen sollen in einer neuen Dachorganisation besser vermarkten können

VON MARCO ZWAHLEN

«Tourismus Kanton Solothurn» – diese neue Dachorganisation soll die Solothurner Tourismusregionen vereinen und auf eine gemeinsame Reise mitnehmen. Das Konzept dazu hat gestern Abend im Alten Spital in Solothurn am 11. Tourismusforum Heinz Rütter von Rütter & Partner RüschiKönig vorgestellt. Der neue Verein würde Kanton Solothurn Tourismus ablösen, der in letzter Zeit kaum mehr in der Öffentlichkeit präsent war. Als Mitglieder im Vorstand vorgesehen sind die heutigen Tourismusregionen (Grenchen Tourismus, Olten Tourismus, Naturpark Thal, Schwarzbubenland Tourismus, Pro Buechibürg und Region Solothurn Tourismus). Und zwar «als gleichberechtigte Partner», wie Rütter betonte. Die Dachorganisation habe dabei primär strategische Aufgaben. Sie legt das Marketingbudget fest, dient als Schnittstelle zur Politik und betreibt Öffentlichkeitsarbeit. Auf der operativen Ebene wirken die Tourismusregionen selbst.

Gemeinsam statt einsam

Noch handelt es sich um eine Absichtserklärung. Grund dafür ist aber laut Rütter die Erkenntnis, dass «eine enge Kooperation innerhalb des Kantons und ein gemeinsamer Auftritt die beste Strategie für eine erfolgreiche touristische Entwicklung sind». Aber: Ohne mehr Geld gehts nicht. Aktuell verfügen die Tourismusregionen insgesamt über rund 2,1 Mio. Franken jährlich. «Für ein erfolgreiches Marketing braucht es eine Million Franken mehr», so Rütter vor 200 Gästen aus Wirtschaft und Politik. Dafür sollen neue Quellen sorgen. So etwa eine flächendeckende Kurtaxe und ein zusätzlicher Kantonsbeitrag. In seinem Ausblick zeichnete der Berater die nächsten Schritte auf – allenfalls als ein Projekt der neuen Regionalpolitik (siehe Kontext). Diese sind unter anderem: die Vereinsgründung, die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Finanzierung, ein Mehrjahresprogramm, ein Marketingkonzept und eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton.

Als weiterer Referent sprach sich Fabio Jeger als Präsident von Schwarzbubenland Tourismus klar für die neue Dachorganisation aus. Ebenso, was er sich von ihr verspricht: Die bessere Vermarktung «seiner» Region und derer Produkte. Und: Mehr Touristen – auch aus den anderen Regionen des Kantons.



«Für ein erfolgreiches Marketing braucht es eine Million Franken mehr.»

Heinz Rütter, Berater



«Konkrete Beschlüsse im Kantonsparlament sind notwendig.»

Jürgen Hofer, Direktor Region Solothurn Tourismus



«Die Aareschiffahrt ist für die Region Solothurn von Bedeutung.»

Kurt Fluri, Stadtpräsident Solothurn



«Die Bewilligung des NRP-Umsetzungsprogramms steht unmittelbar bevor.»

Esther Gassler, Volkswirtschaftsdirektorin

■ VIA STORIA: WANDERN VON SOLOTHURN NACH MARIASTEIN

1,4 Mio. Franken für à-fonds-perdu-Beiträge und 1,5 Mio. für Darlehen vom Kanton sowie nochmals so viel Geld vom Bund: Damit fördert Solothurn bis 2015 im Zuge der **Neuen Regionalpolitik (NRP)** Wirtschaftsprojekte in den ländlichen Regionen.

Eines von vier Handlungsfeldern ist die «Weiterentwicklung in Tourismus und Gewerbe durch regional verankerte, kompetitive Wertschöpfungsketten». Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler kündigte gestern am Tourismusforum an: **«Die Bewilligung des kantonalen NRP-Umsetzungsprogramms steht unmittelbar bevor.»** Es werde vom Bund gerühmt, weil es nicht abgehoben, sondern pragmatisch ist. Im Bereich

Tourismus erwarte man unter anderem die **Vernetzung von Stadt und Land**. Nun warte man auf weitere Projekteingaben. Jedes Projekt muss mindestens zu einem Drittel über Drittmittel gedeckt werden. Sockelfinanzierungen von Organisationen kommen nicht infrage. Auf ein vorangeschrittenes Projekt ging Gassler ein: Die **Via Stora** – eine geplan-

te Wanderroute von Solothurn nach Maria Stein auf historischen Wegen. «Ein Jakobsweg im Kleinen. Mystische Orte werden miteinander verbunden», so Gassler. In Sachen Dienstleistungs- und Logierangebote entlang der Route gebe es aber noch einiges zu tun. «Aber das ist ja der Sinn der NRP», so Gassler. (MZ)

Noch ist Region Solothurn Tourismus kein Vollmitglied von Jura & Drei Seen Land. Dafür müsste der jährliche Beitrag von 215 000 Franken auf 300 000 Franken aufgestockt werden. Jürgen Hofer stellte klar, dass «seine» Organisation nicht mehr Geld abzweigen könne. Und von der Stadt, die heute bereits den Tourismus grosszügig fördere, könne nicht noch mehr erwartet werden.

Jürgen Hofer, Direktor Region Solothurn Tourismus, sieht vor allem einen Grund, weshalb die Regionen nun gemeinsam an einem Strick ziehen. «Der Tourismus im Kanton Solothurn hat keine Lobby, niemand hat im Industriekanton auf uns gewartet», so sein Seitenhieb an die Adresse des Amtes für Arbeit und Wirtschaft. Die Absichtserklärung sei der Anfang eines einzuleitenden, politischen Prozesses. Für eine dauerhaft positive, touristische Entwicklung seien in den nächsten Monaten «konkrete Beschlüsse im Kantonsparlament und ein Bekenntnis der Regierung notwendig».

Kulturangebot als ein Produkt

Als Gastreferent ging der Solothurner Stadtpräsident Kurt Fluri auf die Bedeutung der Destination Jura & Drei Seen Land für die Region Solothurn ein. Die vom Bund anerkannte Destination wird per 1. Mai operativ tätig. Beworben wird unter anderem die Natur, die Schifffahrt, der Langsamverkehr, die Kultur und der Semintourismus – alles, was die Region Solothurn zu bieten habe. «Die Aareschiffahrt oder die Funktion von Solothurn als Zentrum nationaler Radwege sind von Bedeutung», so Fluri. Zur Bedeutung der Kultur sagte der Stadtpräsident: «Während der Hodler-Amiet-Ausstellung hatte das Kunstmuseum Solothurn 500 bis 700 Besucher – täglich.» Und mit Blick auf die Abstimmung über die Gesamtanierung des Stadttheaters am 11. März meinte er an die Adresse der Kritiker, dass sich Solothurn bei einer Ablehnung des 20-Millionen-Kredits lächerlich machen würde, zumal 15,5 Mio. Franken bereits gesichert seien: «Wir wären Schildbürger.» Dies zu schildern, «dafür bräuchte es keine Fasnacht mehr.»

Mehr Logiernächte in Solothurn
Das 11. Tourismusforum zeigte: Es herrscht Aubruchstimmung. Dazu beigetragen hat auch, dass die Branche zumindest um Solothurn krisenresistent zu sein scheint. Laut provisorischen Zahlen verzeichnet die Stadt im letzten Jahr 124 000 Logiernächte – gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 3,5 Prozent.

Gastbeitrag zur Volksinitiative «Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden

Der Staat betreibt übertriebenen Täterschutz



VON HEINZ MÜLLER*

■ DIE FORDERUNG nach einer konsequenten Nennung der Nationalitäten in Meldungen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz ist berechtigt. Im März können wir endlich

über die Nennung der Nationalitäten abstimmen. Es ist eine Zumutung, dass man für die Durchsetzung eines solch einfachen Begehrens mehrere Vorstösse im Kantonsrat, eine Unterschriftensammlung, eine Volksinitiative und eine Volksabstimmung braucht. Aber leider war das nötig, weil die Regierung dem Informationsbedürfnis eines grossen Teils des Volkes einfach nicht nachkommen wollte.

GANZ OFFENSICHTLICH linksorientierte Kreise in der Regierung und

Verwaltung wollen bis heute selber entscheiden, wann die Nationalitäten in Polizeimeldungen genannt werden und wann nicht. Das ist falsch. Für mich gibt es nur zwei Gründe, die Nationalität von Tätern und Opfern in Polizeimeldungen nicht zu nennen: Entweder man kennt sie noch nicht (und dann kann

Die indirekte Diskriminierung oder die Verletzung von Persönlichkeitsrechten sind vorgeschobene Argumente.

man das sagen) oder die Nationalität ist Teil einer Fahndungsaktion, die aus polizeitaktischen Gründen geheim gehalten werden muss. In allen anderen Fällen gilt Transparenz. Die indirekte Diskriminierung oder die

Verletzung von Persönlichkeitsrechten sind vorgeschobene Argumente gegen das Begehren, die man beim besten Willen nicht gelten lassen kann.

DIE INITIATIVE verlangt, dass eine Nationalitäten-Nennung erfolgen muss, wenn es zu einer Polizeimeldung kommt. Der Initiativtext verlangt nicht, dass in allen Fällen Polizeimeldungen geschrieben werden müssen. Die Polizei- und Justizorgane bleiben wie bisher frei, im Rahmen einer individuellen, auf das öffentliche Interesse und die Verhältnismässigkeit ausgerichteten Abwägung zu entscheiden, ob sie eine Meldung erlassen wollen. Kurz: Die Interessenabwägung bleibt gewährleistet.

ES LEUCHTET NICHT EIN, wie die Nennung der Nationalität Persönlichkeitsrechte eines Individuums verletzen könnte. Dies wäre nur

denkbar, wenn die Polizeimeldung auf ein bestimmtes Individuum schliessen liesse. Wenn die Meldung besagt, ein Deutscher habe in Olten einen Laden ausgeraubt, lässt dies keinen Schluss auf eine bestimmte Person zu, weil in der Region viele Deutsche leben. Kurz: Persönlichkeitsrechte werden nicht verletzt.

DAMIT die Volksinitiative indirekt Ausländer diskriminieren könnte, müsste das Begehren in seinen Auswirkungen ausschliesslich oder überwiegend Ausländer benachteiligen. Dies ist nicht der Fall. Ausländer verüben nach Statistik rund die Hälfte aller Straftaten. Die Volksinitiative gilt aber gleichermassen für Schweizer wie Ausländer. Es ist somit nur in rund jedem zweiten Fall ein Ausländer betroffen, womit nicht von «ausschliesslich oder überwiegend» gesprochen werden kann. Kurz: Die Initiative stellt keine indirekte Dis-

kriminierung von Ausländern dar. Zeichen setzen.

DAS SOLOTHURNISCHE VOLK hat ein Interesse an vollständigen Polizeimeldungen. Es ist wäre gegenüber den Opfern von Straftaten ein fragwürdiges Zeichen, wenn der Staat schon in Polizeimeldungen damit anfängt, übertriebenen «Täterschutz» zu üben. Die Praxis der Solothurner Polizei- und Justizorgane ist unter grossem politischem Druck zwar besser geworden. Aber eine konsequente Nennung der Nationalitäten sieht anders aus. Dies zeigt auch ein Vergleich, etwa mit der aargauischen Praxis bei Polizeimeldungen, wo Nationalitäten bei gleicher Gesetzeslage schon auf den ersten Blick weit pragmatischer und häufiger genannt werden. Kurz: Es gilt, ein Zeichen zu setzen.

* Heinz Müller, Grenchen, Kantonrat und Präsident SVP Kanton Solothurn.